

Freie Demokraten

FDP

FDP Fraktion im Rat der Gemeinde Marienheide, Jürgen Rittel, Fraktionsvorsitzender
Tel 02264/29886
Fax 02264/286330
Mobil 0171 6111 329
e-mail juergenrittel@aol.com

www.fdp-marienheide.de

Marienheide, den 07.12.2021

Stellungnahme zum Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

Haushaltsreden in einer Stärkungspaktkommune wie Marienheide stehen eigentlich seit Jahren immer unter dem Motto “Und täglich grüßt das Murmeltier“:

Im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen versuchten Politik und Verwaltung gemeinsam seit 2012 unter Ausschöpfung verschiedenster, teilweise kreativer, oder auch schmerzhafter Maßnahmen, einen genehmigungsfähigen Haushalt auf die Beine zu stellen.

Zur Erinnerung, meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere für diejenigen, die noch nicht so lange mit der Thematik befasst sind:

In der Theorie sollte der Stärkungspakt für die teilnehmenden Städte zunächst einen Haushaltsausgleich bis 2016 herstellen. Anschließend sollte ein eventueller positiver Finanzsaldo teilweise zur Reduzierung der aufgelaufenen Kassenkredite genutzt werden. Bis 2021 sollte auch dies erfolgt sein, so dass das “strukturelle Gesamtdefizit” insgesamt auf Null zurückgeführt werden sollte.

Soweit zur Theorie!

Schauen wir uns doch einmal an, was in den letzten Jahren in Marienheide passiert ist: Politik und Verwaltung haben versucht, die Auflagen des

Stärkungspaktes einzuhalten. Dabei wurde in vielen Bereichen „gespart, bis es quietscht“, aber trotzdem hat man versucht die Gemeinde lebenswert zu halten und weiter in die Zukunft zu investieren.

Man könnte aber auch sagen, dass die Politik vor Ort sich zunehmend mit einem „rundoktern“ an Symptomen beschäftigt hat und ständig Versäumnisse von Land und Bund gegenüber den Kommunen ausgleichen musste. Alle Projekte und Aktivitäten standen bzw. stehen im Schatten der Kassenkredite und der Altschulden, die wie ein Damoklesschwert über unser aller Köpfen hängen.

Der Haushalt 2022 muss nun auf eigenen Beinen stehen, ohne Zuwendungen aus den Mitteln des Stärkungspaktes. Wir haben wieder etwas mehr an Freiheit gewonnen.

Jedoch bleiben Probleme.

Von einer Lösung der Altschuldenproblematik seitens des Landes ist aktuell keine Rede mehr. Die historische Chance durch Land und Bund einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erzielen, wurde vertan!

Wie wir alle wissen, läuft der Stärkungspakt jetzt zum Jahresende aus. In der Vergangenheit wurde von Seiten des Landes immer angekündigt, diesen in eine Altschuldenlösung zu überführen. Auch von Seiten des Bundes gab es immer wieder formlose Absichtserklärungen, sich der Altschuldenproblematik der betroffenen Kommunen anzunehmen.

Uns ist allen bekannt, dass Marienheide ein Einnahmeproblem hat, kein Ausgabenproblem. Die Möglichkeit nennenswerte Einnahmen zu generieren – und das wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sehr überschaubar: Neben der Gewerbesteuer bleibt als große Stellschraube nur die Grundsteuer B übrig. Beide Stellschrauben wurden in der Vergangenheit konstant gehalten.

Hier greift jetzt nicht das Prinzip Hoffnung, sondern der Vertrauensvorschuss in die neue Bundesregierung, die ihren Koalitionsvertrag unter das Motto „*Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit*“ stellt

Im Abschnitt Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen wird im Bereich Bund-Länder-Kommunal Finanzen ganz klar ein Bekenntnis für leistungsstarke und handlungsfähige Kommunen abgegeben. Ich zitiere: „*Es gibt viele Kommunen mit hohen Altschulden, die sich nicht mehr aus eigener Kraft aus dieser Situation befreien können. Ihnen fehlt die Finanzkraft für dringend notwendige Investitionen. Wir wollen daher diese Kommunen von Altschulden*

entlasten. Dazu bedarf es einer gemeinsamen, einmaligen Kraftanstrengung des Bundes und der Länder, deren Kommunen von der Altschuldenproblematik betroffen sind“.

An dieser erstmals in einem Koalitionsvertrag verschriftlichten (Absichts)Erklärung wird sich die neue Bundesregierung messen lassen müssen, um endlich einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu leisten. Hier hat sich die Beharrlichkeit des Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ mehr als ausgezahlt! Endlich eine Entlastung von den Altschulden

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn der eine oder andere von Ihnen dieses jetzt als „Prinzip Hoffnung“ abtuen sollte, habe ich jedoch hier eine entsprechende Erwartungshaltung an die Bundes- und Landespolitik, dass die Altschuldenproblematik der betroffenen Städte sich hiermit endlich lösen lässt und damit nicht nur zuletzt Marienheide dauerhaft das Zepter des Handelns wieder in die eigenen Hände gelegt bekommt.

Der Haushalt ist immer eine Momentaufnahme mit einer Planung für das nächste Jahr und einer weiteren Prognose für die Zukunft. Wie schnell es gehen kann, dass plötzlich Kosten entstehen, die vorab nicht erwartbar oder planbar waren, haben wir im Rahmen von Covid-19 gesehen.

Auch hier erwarten wir eine echte Erstattung von Corona-Hilfen durch Land und Bund und keine bilanziellen Isolationsmöglichkeiten, die ab 2025 dann den Haushalt konkret belasten und zur Kompensation dann vermutlich an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden müssten.

Der Marienheider Haushalt 2022 wird im Schatten einer neuen Bundesregierung, einer Regierung mit politisch gegensätzlichen Partnern verabschiedet. Die Karten auf Bundesebene werden dadurch neu gemischt. Bund und Land – wo auch im nächsten Jahr eine neue Regierung gewählt wird – sind wie noch nie in der Pflicht für eine nachhaltige Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen, damit die Herausforderungen der nächsten Jahre wie z.B. Klimaschutzfolgekosten und die Erneuerung der Infrastruktur gemeistert werden können.

Daran werden sich Land und Bund aus kommunaler Sicht messen lassen müssen. Ich erwarte, dass wir für den Haushalt 2023 schon Ergebnisse dazu sehen werden.

Damit komme ich jetzt zum Schluss

Danke für die gute Arbeit der Kämmerei.
Die FDP Fraktion wird dem Haushaltsplan 2022 zustimmen.

Jürgen Rittel, Fraktionsvorsitzender